Friedenssteuer
NACHRICHTEN
Mai 2023 | Nr. 62

KEIN GELD FÜR KRIEG

Friedensspende oder Friedenssteuer?

Ich erinnere mich: als wir vor ca. 40 Jahren die „Friedenssteuer-Initiative“ in Heidelberg gegründet haben – und in den ersten Jahren danach – wurden unterschiedliche Wege diskutiert, wie es jedem/r Einzelnen möglich wäre, keine Steuern mehr für den Militär- und Rüstungsanteil im Bundeshaushalt zu zahlen. Eine Idee war, durch Spenden für gemeinnützige, zivile Zwecke die eigene Steuerlast um den Betrag zu senken, der als „Militärsteuer“ anzusehen wäre. Dem entgegen stand das Argument, dass es der Gewissensentlastung nicht diene, weniger Steuern zu zahlen, weil aus Steuermitteln ja auch positive Dinge finanziert werden; vielmehr wenden wir uns nicht gegen eine angemessene Steuer, diese sollte aber ausschließlich für zivile Zwecke eingesetzt werden.

Im Netzwerk Friedenssteuer hat sich schließlich die Haltung durchgesetzt, Militärsteuer-Verweigerer vor Gericht (bis zur Verfassungsklage) zu unterstützen und gleichzeitig eine gesetzliche Regelung voranzubringen, die den Rechtsstreit mit dem Finanzamt überflüssig macht, weil jede/r in seiner Steuererklärung angeben kann, dass er/sie seine Steuern ausschließlich für zivile Zwecke zahlt. Wir haben die Idee der Steuer-Reduzierung durch Spenden nicht weiter verfolgt.

Im Jahr 2019 wurde nun eine neue Organisation gegründet: „Die Friedensspende“ oder englisch: „FundPeace – Verein zur Förderung der Friedensarbeit e. V.“ *(https://friedensspende.de)* mit dem Aufruf: „Unterstützen Sie gemeinnützige Projekte zur Friedensförderung und zivilen Konfliktlösung und entziehen Sie dem Militär damit Ihr Geld.“ Dazu wird folgende Dienstleistung angeboten: „Wir berechnen, wie viel Geld Sie mit Ihren Einkommenssteuern jedes Jahr für das Militär aufwenden... Daraus errechnen wir, mit welcher Spende Sie Ihren Anteil am Militärhaushalt kompensieren.“

Das entscheidende Wort ist hier „kompensieren“. Wir kennen das schon aus der Kompensation des CO_2-Ausstoßes bei Reisen: man zahlt zusätzlich an eine Organisation, die mit diesem Geld Projekte zur CO_2-Reduzierung verwirklicht. Am CO_2-Fußabdruck der Reise ändert das zwar nichts, aber die Kompensation lenkt zusätzliches Geld in die richtige Richtung. So auch bei der Friedensspende: die Militär-Ausgaben im Bundeshaushalt verringern sich dadurch nicht, aber mit dem zusätzlichen Geld können Organisationen ihre Arbeit für Frieden und Gewaltfreiheit finanzieren. Dabei muss man bedenken, dass bei einem persönlichen Einkommens-Steuersatz von z. B. 20 % die Spende fünf Mal so hoch sein muss, wie der „Anteil am Militär-Haushalt“ den man kompensieren möchte.

Auch in der Vergangenheit haben friedens-engagierte Menschen für entsprechende Organisationen und deren Aktivitäten gespendet; das Netzwerk Friedenssteuer lebt ja ebenfalls davon, dass ihm Geld zugewendet wird. Mit der „Friedensspende“ haben einige Organisationen nun einen Weg gefunden, für ihre Arbeit zusätzliche Mittel zu akquirieren. Es ist nicht erkennbar, dass die „Friedensspende“ eigenständigen Aktivitäten startet, sondern im Wesentlichen vier Organisationen unterstützt:

- International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN),
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK),
- Deutsches Bündnis Kindersoldaten,
- Informationsstelle Militarisierung

Fazit: Die Möglichkeit, über den entsprechenden Rechner auf der Internetseite von FundPeace den eigenen Einkommens-Steuer-Anteil an den Ausgaben für Militär und Rüstung zu berechnen (bzw. gezielt den Steuer-Beitrag für die 100 Mrd. € Sonderschulden oder die Auslandseinsätze der Bundeswehr) könnte auch für Menschen aus dem Netzwerk Friedenssteuer interessant sein. Eine Spende muss jedoch nicht den Umweg über die „Friedensspende“ nehmen, sondern kann auch direkt an die Organisation und für die Aktion überwiesen werden, die man damit fördern will.

Klaus Waiditschka

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freie Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100 % in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International* / CPTI mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

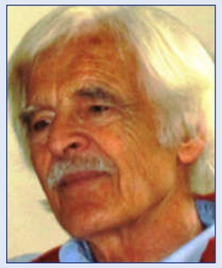
UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: **www.friedenssteuer.de**

Jean Ziegler
„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: Ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“

Biggi und Franz Alt
„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“

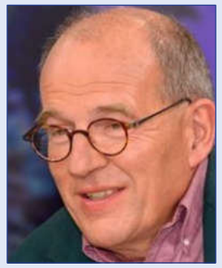
Dr. Markus A. Weingardt
„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow
„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“

Martin Arnold
„Ich halte das Netzwerk Friedenssteuer für wichtig, weil ich und viele Menschen in Deutschland und weltweit, die sich für Frieden einsetzen, gegen ihren Willen und ihr Gewissen vom Staat gezwungen werden, durch Steuern zur Kriegsfinanzierung beizutragen. Mein Geld soll für Friedensarbeit investiert werden!“

Andreas Zumach
„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



DenkSäule mit Briefmarke

Im 300-Seelen-Dorf Langenschade bei Saalfeld (Thüringen) hatten sich im Oktober 2022 mehr als 100 Aktive aus der Friedensbewegung eingefunden, um die Einweihung einer DenkSäule zu feiern. Diese DenkSäule ist dem Engagement der Gruppe „Gewaltlos leben“ gewidmet, die seit 1984 vor Ort aktiv ist. Damals, in den von rasanter atomarer Hochrüstung in Ost und West und entsprechenden Protesten geprägten Jahren, unterzeichneten mehrere Hundert vorwiegend junge Menschen, überwiegend aus Gruppen der Jungen Gemeinde, „10 Gebote der Gewaltlosigkeit“ (in Anlehnung an die Gebote der Gewaltlosigkeit von M. L. King). Die DenkSäule erzählt die Geschichte von „Gewaltlos leben“ nach. Sie dokumentiert aber nicht nur vergangenes Geschehen. Sie beschreibt mit Texten und Bildern auch den Weg und das Ziel der Gewaltlosigkeit, für das die Gruppe bis heute engagiert unterwegs ist.

Die Anregung für die DenkSäule kam aus dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“. (Matthias Domaschk war 1981 im Alter von 24 Jahren in StaSi-Haft gestorben; die Todesumstände sind bis heute ungeklärt.) An 8 ausgewählten Denk-Orten in Thüringen (darunter Kinderheime, Umerziehungs-Anstalten usw.) soll an Repression, Opposition und Zivilcourage in der DDR erinnert werden. Auch die Gruppe „Gewaltlos leben“ und ihr Gründer, der Langenschader Ortspfarrer, waren von der StaSi unterwandert und überwacht worden.

In die Gestaltung der DenkSäule wurde die Briefmarke des Netzwerk Friedenssteuer einbezogen. Sie befindet sich am oberen Rand; die Säule sieht für die BetrachterInnen eine Leserichtung von unten nach oben vor. An der Basis wird an den Anstoß für die Gründung der Gruppe erinnert, das Schreckensszenario des atomaren Overkill Anfang der 80er Jahre. Es folgen Faksimiles von Texten aus Friedensgruppen und Fotos von Aktionen und Demonstrationen. Das Ende der Darstellung am oberen Rand ist den Visionen für eine friedliche Welt gewidmet, z. B. dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Eine solche Vision ist auch die Basiserklärung des Netzwerk Friedenssteuer: „Niemand darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Wir treten für die Einführung eines Zivilsteuergesetzes ein.“

Unsere Briefmarke wurde bisher über 70.000mal verkauft. Erstmals wird sie auf der DenkSäule Langenschade für die Öffentlichkeit sichtbar präsentiert. Dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ und der Gruppe „Gewaltlos leben“ sei dafür Dank.

Martin Rambow

INHALT

Friedensspende oder Friedenssteuer?	1
Wer wir sind und was wir wollen	2
DenkSäule mit Briefmarke	3
Kirchensteuer versus Kultursteuer	4
Das war die Jahrestagung 2023	5
Aus der Chronik des Netzwerks Friedenssteuer	6
Petition für eine mehr demokratische, Grundgesetz-konforme Steuerregelung	8
Petitions-Sammelbogen	9
Materialliste	11
Netzwerks intern	12
Kurz & bündig	14
Adressliste, Termine	24

Kirchensteuer versus Kultursteuer

Kirchensteuer-Einzug durch das Finanzamt

Ich hab‘ mich so an sie gewöhnt: die Kirchensteuer, dass ich den Diskussionen über ihre Abschaffung großräumig und lange aus dem Weg gegangen bin. Das war doch schon immer so! Die heutige Praxis, nach der Trennung von Kirche und Staat, die Finanzen der Kirchen durch den staatlichen Einzug der Kirchen-Mitgliedsbeiträge zu sichern, hielt ich für gut geregelt; dazu gehört auch die einkommen(steuer)-bezogene Höhe der Kirchensteuer (nämlich 8 oder 9 % on top auf die Einkommensteuer). Über Jahrzehnte wurde mein Gehalt aus Kirchensteuern finanziert; und deren Einzug via bezahlter Finanzamtsdienstleistung ist ebenfalls praktisch und kostengünstig geregelt. Richtig und gut fand und finde ich auch die Finanzhoheit jeder evangelischen Kirchengemeinden über die ihr zugewiesenen Kirchensteuern ihrer Gemeindemitglieder. Über die Verwendung dieser Einnahmen – und akquirierter Zuschüsse für spezielle Aufgaben – entscheidet das gemeindliche Leitungsorgan, also das gewählte Presbyterium (ehrenamtliche PresbyterInnen und hauptamtliche Geistliche sowie Mitarbeitenden). Sie alle üben den Dienst der Leitung in gemeinsamer Verantwortung aus, so schreibt z. B. die rheinische Landeskirche. Dies setzt sich fort auf den höheren Ebenen der Kirchenstruktur – bestenfalls ist das eine Mitbestimmung der Kirchenmitglieder über die Aufgaben und Finanzen.

Kirchenbanken und Geldanlagen

Die Ev. Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichte Anfang 2023 den Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche – sozialverträglich, ökologisch und generationengerechti. Dem ging eine lange Diskussionszeit voraus und dabei die zunehmende Kenntnis über ein undurchsichtiges Finanzsystem und über die irreführende Praxis der Banken (mein Augenmerk: die Bank für Kirche und Diakonie), sich als ethisch zu charakterisieren, auch wenn damals nur 3 Prozent ihrer Anlagen tatsächlich ethischen Kriterien entsprach. Das ärgerte mich sehr. Ich war verwundert, dass die kirchlichen Diskussionen und Anlage-Entscheidungen so langsam vonstatten gingen. Das alles stellte die gemeinsamen Entscheidungen der Leitungsorgane in Frage. Damals musste ich befürchten, dass meine eigene Kirchensteuer in Fonds angelegt wurde, die auch Aktien eines Rüstungsbetriebs enthielten. Letzteres hat sich inzwischen geändert. Ob aber alle Anlagen inzwischen ethischen Kriterien entsprechen, vermag ich als Finanz-Laie nicht zu sagen.

Fehler und Ungerechtigkeiten beendet

Durch die Lektüre für diesen Artikel wurde ich natürlich auf mancherlei Schwachstellen beim Kirchensteuereinzug aufmerksam. Ein himmelschreiendes Beispiel: Bis zum Jahr 2004 wurde für alle Arbeitslosen bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes eine „fiktive Kirchensteuer“ abgezogen, und zwar unabhängig davon, ob der jeweilige Arbeitslose kirchensteuerpflichtig war oder nicht – eine vermeintliche Gleichbehandlung. Dann wurde mit den Hartz-Reformen das Arbeitslosengeld abgeschafft. Für weitere Ungereimtheiten und erst recht Ungerechtigkeiten beim Kirchensteuereinzug sind selbstverständlich Korrekturen zwingend nötig, erst recht wenn man das Kirchensteuersystem behalten will.

Kirchenaustritt kein Mittel der Steuerverweigerung

In den letzten Jahren sind Zigtausende von Christ*Innen ausgetreten; ein Großteil davon reagiert damit auf die zahllosen Fälle von sexuellem Missbrauch durch Geistliche und kirchliche Beschäftigte und die fragwürdige Aufarbeitung; laut Kardinal Meisner „Brüder im Nebel“. Zwar haben sie dadurch den Kirchen ihre Kirchensteuer entzogen, aber sie haben dieses Geld nicht erklärtermaßen verweigert oder zurückbehalten. Als Kirchenmitglieder könnten sie sich für die Aufarbeitung dieser Menschrechtsverletzungen weiterhin einsetzen. Unsere Abgabenordnung lässt Steuerverweigerung oder Zurückhaltung durch Einzahlung auf ein Sperrkonto aus Gewissensgründen oder als Institutionskritik nicht zu. Das kann Kirche nicht ändern.

Kultursteuer – freie Wahl beim Steuerzahlen

So kommt die „Kultursteuer“ als Alternative in den Blick. Oft angesprochen wird die italienische Praxis: Dort werden 8 Promille der Einkommensteuer („otto per mille“) entweder den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften (gem. Vertrag zwischen dem Staat und selbigen) oder dem staatlichen Förderprogramm für kulturelle oder humanitäre Zwecke überwiesen – von jedermann im Sinne einer Gemeinwohlfinanzierung. Die Empfangsorganisation kann der Steuerzahlende im Rahmen seiner Steuererklärung aus den staatlichen Vorgaben frei und jährlich neu wählen. Die wählbaren Empfängerorganisationen werden alle drei Jahre vom Staat neu festgelegt.

ABER: Heutzutage ist dieses Modell in Deutschland nicht praktizierbar. Denn die grundgesetzlichen Regelungen, Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu institutionalisieren und für diese den staatlichen Steuereinzug durchzuführen, müssten neu aufgestellt werden. Eine Grundgesetzänderung wird ein dorniger Weg. Würde er erfolgreich beschlossen, erhielten auch deutsche Steuerzahlende das Recht der freien Wahl über ihre Kultursteuer und bestenfalls würde die Finanzierung transparenter.

Die derzeitigen Koalitionsparteien wollen auf ein neues Religionsverfassungsrecht hinarbeiten im Sinne der gesellschaftlichen Veränderungen. Jedoch enthält der Koalitionsvertrag weder konkrete Verabredungen zum weiteren Verfahren noch skizziert er einen bestimmten Zeitrahmen. Folglich kann ich mir noch lange keine echte Änderung zugunsten einer Kultursteuer vorstellen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Das war die Jahrestagung 2023

Vor Beginn der eigentlichen Frühjahrstagung des Netzwerks traf sich schon die Arbeitsgruppe „Steuern zu Pflugscharen“ in der Jugendherberge Bad Hersfeld. Die Gruppe hat das Ziel, die Unterstützung für die Friedenssteuer besonders in den Kirchen zu fördern. So war der erste Diskussionspunkt, wie es gelingen könnte, einen Gesprächstermin mit dem neuen Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Friedrich Kramer, zustande zu bringen und wer an solch einem Gespräch ggf. teilnehmen sollte. Erste Versuche einer Terminvereinbarung waren unbeantwortet geblieben. Deshalb vereinbarte die Gruppe, einen neuen Versuch unter Einbeziehung von zwei oder drei landeskirchlichen Friedensbeauftragten, z. B. aus Württemberg und Baden, zu unternehmen.

Als „Rheinischer Jammer“ wurde benannt, dass die (evangelische) Kirchliche Friedenskonferenz im Rheinland sich derzeit trotz des Krieges in der Ukraine mehr mit der Klima-Erhitzung beschäftigt als mit den Herausforderungen durch Waffenlieferungen und Aufrüstung der Bundeswehr. Dabei gibt es immer wieder Mitarbeitende in der Kirche, die von ihrem Arbeitgeber erwarten, sie bei Aktivitäten zur Militärsteuerverweigerung zu unterstützen. Weiterhin wurde vorgeschlagen, der Evangelischen Hochschule Freiburg (wegen des dortigen Friedensinstituts) vorzuschlagen, eine Masterarbeit an Student/innen im Zusammenhang von Friedenssteuer, Gewissen und Kirche zu vergeben. Dr. Martin Arnold (Pfarrer aus Essen) wäre bereit, eine solche Arbeit wissenschaftlich zu begleiten. Zuletzt gab es noch Absprachen zur Präsenz auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (siehe „Termine“).

Schließlich begann die allgemeine Konferenz mit einer öffentlichen Veranstaltung im Zentrum von Bad Hersfeld. Der Referent, Wolfgang Lieberknecht, sprach sich für eine Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik aus, z. B. durch Wahlkreis-Foren oder globale Ringpartnerschaften von Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde, die die Position der jeweils Anderen in die eigene Gesellschaft einbringen. „Sicherheit neu denken!“ ist der Rahmen, bildet die Organisation der Organisationen, gibt Antwort auf die verschiedenen Bedrohungen der Sicherheit (Klima, Hunger und ungerechte Wirtschaftsbeziehungen, autoritäre Regime, etc.). Handlungsleitend könnte dabei die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ *(https://wehrhaftohnewaffen.de)* des Bundes für Soziale Verteidigung werden.

In die Konferenz integriert war auch die Mitgliederversammlung des Vereins „Netzwerk Friedenssteuer e. V.“. Die Berichte des Vorstands und der Arbeitsgruppen aber auch einzelne Diskussionspunkte finden sich in diesen Friedenssteuer-Nachrichten an verschiedenen Stellen wieder, z. B. geben wir keine Stellungnahmen zur Tagespolitik ab, aber halten daran fest: „Kein Geld für Krieg!“ und damit auch kein Geld für Waffenlieferungen. Schließlich erinnerten wir uns daran, dass das Netzwerk dieses Jahr 40 Jahre alt wird, vor 30 Jahren den Aachener Friedenspreis erhielt und vor 20 Jahren der Verein gegründet wurde.

Klaus Waiditschka

Aus der Chronik des Netzwerks Friedenssteuer

In diesem Jahr gibt es einige Jubiläen zu feiern: vor 40 Jahren wurde die Friedenssteuer-Initiative gegründet, vor 30 Jahren erhielten wir den Aachener Friedenspreis und vor 20 Jahren war die Geburtsstunde des Vereins „Netzwerk Friedenssteuer“. Aus diesem Anlass hat Wolfgang Steuer eine kleine Chronik der Bewegung zusammengestellt:

■ **1982** erste Steuerverweigerung durch den Apotheker Günther Lott (Rauenberg/Baden).

■ **1983** Zusammenschluss von Aktiven in der Bundesrepublik, die den Anteil der Steuern für Militär nicht zahlen wollten, zur **Friedenssteuer-Initiative** (FSI) in Heidelberg; darunter sind viele Studenten. Die Organisation erfolgt in lockeren Regionalgruppen, später auch Bildung des AK Steuern zu Pflugscharen mit Verbindung zu den Kirchen. Zahlreiche Anträge auf Zurückhaltung von Lohnsteueranteilen vor allem durch kirchliche Arbeitgeber, Anträge an Finanzämter auf Erlass des Militäranteils der persönlichen Steuern, Klagen gegen Wohnsitz-Finanzämter vor Finanzgerichten bis hin zum Bundesfinanzhof und Verfassungsgericht – im Lauf der Jahre ca. 90 Verfahren.

■ **1991** Aktion „Kein Geld für Krieg“ und Gründung des **Netzwerk Friedenssteuer** (NWFS), befeuert durch Einführung des Solidarzuschlags. Dieser war zur Finanzierung des ‚Aufbau Ost‘, also der Neuen Bundesländer, und zur Finanzierung des 1. Golfkrieges beschlossen worden. Mindestens 17 Mrd. DM wurden aus diesem Abgabentopf an die Alliierten unter Führung der USA überwiesen. Dagegen richtet sich erheblicher Protest. Ca. 50.000 Menschen haben sich in vielfältiger Form an der Aktion “Kein Geld für Krieg“ beteiligt.

■ **1991** Die DDR-Kirchensynode beauftragt die Kirchenleitungen, Gespräche mit der Bundesregierung über eine Zivilsteuer-Regelung zu führen. Im Herbst 1992 beantragen über 600 Angestellte der Evang. Kirche der DDR bei ihrer Kirchenleitung, den Rüstungssteueranteil ihrer Lohnsteuer bis zur Einführung einer solchen Möglichkeit einzubehalten.

■ **April 1991** Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe im **Bund für Soziale Verteidigung** (BSV) unter dem Namen „AG Soziale Verteidigung und Kriegssteuerboykott“.

Gruppenbild vom Gründungstreffen der Friedenssteuer-Initiative 1983 in Heidelberg mit:
(stehend) Ingo Seibold(?), Hans-Jürgen Mosbach, Klaus Waiditschka, Helmut Kind, Christa Voigt, Gela Böne;
(kniend) Klaus Hecker, Klaus-Martin Voigt, Wolfgang Krauß, Herbert Kühnle, Günther Lott, Martin Arnold

■ **Rechtsgutachten:** Paul Tiedemann, Frankfurt, „Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen“, erschienen im Olms-Verlag (1991). Juli 1992 Gutachten der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg: „Pazifistische Steuerverweigerung und allgemeine Steuerpflicht“. 1993 Diplomarbeit von cand. rer. pol. Axel Jäger, Hamburg, Universität der Bundeswehr.

■ **Am 1. September 1993** wird der Aachener Friedenspreis an das Netzwerk Friedenssteuer verliehen.

■ **1994** Gründung von **Conscience and Peace Tax International** (CPTI) als Nicht-Regierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Internationale Konferenzen finden alle 2–3 Jahre statt, die erste 1986 in Tübingen. Für Zivilsteuer engagierte Menschen kommen aus bis zu 10 Ländern zusammen; die Konferenz-Orte liegen u. a. USA, Großbritannien, Indien, Spanien, zuletzt in Bogotá/Kolumbien (2013), London/England (2016), Edinburgh/Schottland (2019), Genf / Schweiz(2022).

■ **90er Jahre:** mehrere Initiativen von Mitglieder des Bundestags aus der Partei B90/Grüne, teilweise mit SPD-Abgeordneten, für ein Zivilsteuergesetz. Kam wegen vorzeitiger Auflösung des Bundestags und anderen Gründen sowie fehlender Mehrheiten nicht über die 3. Lesung hinaus.

Zahlreiche Gespräche mit Kirchenleitungen in Mittel- und Ostdeutschland, EKD u.a., um deren Unterstützung für ein Zivilsteuergesetz zu erreichen, ohne erkennbaren Erfolg.

■ **Im November 2003** Gründung des Vereins „Netzwerk Friedenssteuer e.V.“, Vorstellung und Verabschiedung eines neuen Zivilsteuerkonzeptes.

■ **14.06.2005** Übergabe einer Petition mit 12.082 Unterschriften für ein Zivilsteuergesetz an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse.

■ **2. September 2009** Stellungnahme des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Thema Kriegssteuerverweigerung: Der ÖRK-ZA ermutigt die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.

■ **16. September 2009** Einreichung einer Verfassungsklage von 10 Aktiven beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe; das Gericht antwortet 2012 mit einem Nichtannahmebeschluss.

■ **2010 und 2011** Lobbygespräche von Friedrich Heilmann mit MdB: 305 angefragt, 17 Gespräche, davon 9 klar positive Reaktionen.

Aktion „Hallo Finanzamt“ mit Musterbriefen und Anträgen an Wohnsitzfinanzämter.

■ **22.–23.01.2013** Studientag in Hofgeismar „Steuer und Gewissen“ mit dem EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahms. Nachzulesen in der EPD-Dokumentation Nr. 20 (2014).

■ **Juni 2015** Podium beim Evang. Kirchentag in Stuttgart, Thema: „Zahlen für den Krieg? Gewissensfreiheit kontra Steuerpflicht. Keine Kriegsfinanzierung mit meinen Steuern.“

■ **2017** Kampagne „Bürgerbündnis zur Bundestagswahl“ mit Befragung von Bundestags-Kandidaten

■ **2017–2018** Behandlung des Anliegens „Zivilsteuer“ in einer AG der Evang. Landeskirche in Baden unter Leitung der OKR Karen Hinrichs. Veröffentlichung von Beiträgen in einem Reader des NWFS 2022. Die Zivilsteuer-Forderung findet Eingang in das Szenario „Sicherheit neu denken“ des Forums Friedensethik der Evang. Landeskirche in Baden (2023).

„Wenn man Hass mit Hass vergilt, wird sich das Böse in der Welt nur vermehren. Hass erzeugt Hass, Gewalt erzeugt Gewalt, Widerstand erzeugt größeren Widerstand. Wir müssen den Mächten des Hasses mit der Macht der Liebe begegnen; wir müssen physischer Kraft mit seelischer Kraft begegnen. Unser Ziel darf es nie sein, den Gegner zu erniedrigen oder zu vernichten, sondern seine Freundschaft und sein Verständnis zu gewinnen.“

Martin Luther King

Petition für eine mehr demokratische, Grundgesetz-konforme Steuerregelung

In den FN 61 kündigten wir an, eine Petition vorzubereiten als Aktion gegen den Krieg. Diese Petition ist am 24. Februar auf der Plattform openPetition publiziert worden und kann seitdem unter *https://openpetition.de/!gfcxq* aufgerufen und dort online unterschrieben werden. Wer das nicht im Internet machen will, kann sich dennoch beteiligen: Den Text finden Sie nebenstehend auf S. 9, auf der Rückseite gibt es eine Liste und die Möglichkeit, Unterschriften auf Papier zu sammeln. Diese Sammellisten kann jede:r Sammler:in selbst auf der Petitionsseite von openPetition hochladen oder aber an Gertie Brammer schicken (per Post oder eingescannt als Mailanhang).

In Dezember und Januar haben wir vorab viele Friedens-, Umwelt-, Kirchen- und sonstige gesellschaftliche Gruppen um Unterstützung gebeten. Wir wollten einschätzen, ob es eine Chance auf 50.000 Unterschriften gäbe, die wir brauchen, damit der Petitionsausschuss des Bundestags sich damit befassen muss. 30 größere und kleinere Gruppen reagierten positiv; wenige negativ; die meisten (noch) nicht. Obwohl wir daraus den Schluss gezogen haben, dass wir eher keine 50.000 Unterschriften erreichen werden, beschlossen wir dennoch, mit der Petition an den Start zu gehen. Auch wenn weniger Menschen unterschreiben (bis 31.12.2023 ist dies möglich), so wäre das trotzdem eine gute Möglichkeit, unser Ziel in einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. Wir sind weiterhin damit beschäftigt, Gruppen einzuladen und natürlich auch die Menschen in unserem privaten Umfeld.

Diese Gruppen unterstützen uns schon (in alphabetischer Folge):
Aufbruch Bremen, BI Offene Heide, Bremer Friedensforum, DFG-VK (Bundesausschuss und viele Ortsvereine), EAK, Methodisten, Forum Friedensethik Karlsruhe, Frauennetzwerk für Frieden, Friedensbewegung Ingolstadt, Friedensbüro Hannover, Friedenspfarramt elk Württemberg, Heidelberger Friedensratschlag, IMI, IPPNW, Jena Entrüstet, KURVE Wustrow, Lebenshaus Schwäbische Alb, Mennoniten, Mönchengladbacher Friedensforum, Ökum. Ini. zur Abschaffung der Militärseelsorge, pax christi Bamberg und München, Projektgruppe Münchener Sicherheitskonferenz verändern/MSKv, Quäker, Sicherheit neu denken/Snd, Thüringen Entrüstet, VersöhnungsBund, Netz Wirtschaften für das Leben.

Im Moment sind 535 Unterschriften eingegangen (Stand 23. April). Das soll uns nicht entmutigen, denn viele Gruppen haben seit dem 24. Februar noch keine neuen Rundbriefe verschickt (wie auch wir erst jetzt), in denen unser Aufruf erscheinen wird. Die Aktion läuft langsam an. Das Tempo wird sich schon noch erhöhen.

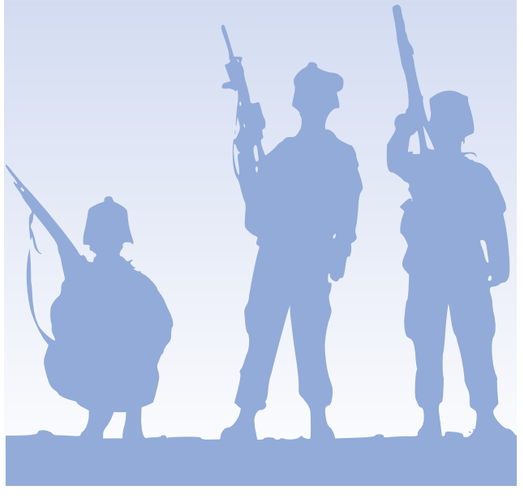
Es wäre schön, wenn auch alle LeserInnen der FN unterschreiben – sofern nicht längst passiert! – und den Petitionstext mit dem obenstehenden Link weiter verbreiten bzw. auf unsere Webseite *(https://netzwerk-friedenssteuer.de)* verweisen würden. Dort finden Sie auch einen Begleittext für Menschen, die das Netzwerk Friedenssteuer noch nicht kennen; diesen Text können Sie ausdrucken oder in eine E-mail kopieren: *Startseite > Downloads > Lobbyarbeit/Petition*. Sie können Gruppen oder Einzelpersonen auch von uns anschreiben lassen – bitte melden bei Gertie Brammer (Adresse siehe letzte Seite).

Vielen herzlichen Dank schon mal, und bleiben Sie Pazifist:in, erst recht unter diesem Waffengetöse!

Gertie Brammer

Der Pferde Wiehern, der Trompete Schmettern, des Dienstes immer gleichgestellte Uhr, die Waffenübung, das Kommandowort – dem Herzen gibt es nichts, dem lechzenden. Die Seele fehlt dem nichtigen Geschäft – Es gibt ein andres Glück und andre Freuden.

Schiller, Die Piccolomini, 1799



openPetition

2D-Barcode fürs Handy:

openpetition.de/!gfcxq

SAMMELBOGEN FÜR DIE PETITION:

Petition für eine mehr demokratische, Grundgesetz-konforme Steuerregelung.

Von: Netzwerk Friedenssteuer e.V., Raidinger Str. 9 a, 81377 München

aus: 29481 Karwitz

An: Der Petitionsausschuss des Bundestags. **in:** Deutschland

Zeichnungsfrist bis: 01.01.24

In der Friedensbewegung ist man sich einig, dass Frieden auf umfassende Friedenslogik aufgebaut werden muss statt auf Militärlogik. Wenn immer mehr Steuergelder in die ständige Aufrüstungsspirale gesteckt werden, bekommen wir das, wofür wir bezahlen: Krieg. Logisch!

Wir finden, wer wirklich Frieden will, muss ausschließlich für zivile Zwecke zahlen und Militärausgaben abwählen können.

Das Grundgesetz garantiert Gewissensfreiheit in Art.4 (1) und konkretisiert sie im Fall des Kriegsdienstes in Art.4 (3):

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. "

Diese Garantie fehlt bei der Steuerzahlung: Alle Steuerzahlenden ‚dienen' mit Geld, indem sie es Anderen ermöglichen, mit der Waffe zu ‚dienen': Zwangszahlung für das Militär.

Deshalb fordern wir vom Bundestag eine gesetzliche Regelung im folgenden Sinne:

„Niemand darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen."

Für diese gesetzliche Regelung liegt der Entwurf eines „Zivilsteuergesetzes" für mehr Gewissensfreiheit und demokratische Mitbestimmung vor. Der Text ist juristisch und verfassungsrechtlich geprüft und rechtskonform.

Den Zivilsteuergesetz-Entwurf finden Sie **hier** in der Kurzdarstellung und **hier** als Volltext.

Wollen auch Sie unterstützen, dass es zukünftig eine Option in der Steuererklärung gibt:

„100% meiner Steuern für zivile Zwecke",

dann unterschreiben Sie bitte unsere Petition.

Wollen Sie außerdem selbst an die Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises schreiben, dann finden Sie auf unserer Webseite **hier** einen Musterbrief, **hier** den Link zum Abgeordnetenverzeichnis und **hier** Argumente PRO & KONTRA Zivilsteuergesetz.

Es ist richtig, dass der Staat niemanden dazu zwingen darf, in seinem Namen auf Menschen zu schießen, wenn das Gewissen es ihm/ihr nicht erlaubt. Auch nicht im Falle eines Angriffs durch einen anderen Staat. Es ist NICHT richtig, dass der Staat alle Steuerzahlende gegen ihr Gewissen dazu zwingen darf, dafür zu zahlen, dass andere auf Menschen schießen. Wenn ich nicht schießen darf, darf ich auch nicht dafür zahlen, dass andere schießen.

*Die vier Hinweise „**hier**" funktionieren nur im Internet.*

Materialliste

INFOBLÄTTER

Zivilsteuergesetz in 6 Schritten

Reader Zivilsteuer – Im Moment nur digital erhältlich: friedenssteuer.de/downloads/ → Materialien

Zivilsteuergesetz für Menschen und Klima

BROSCHÜRE UND FALTBLÄTTER

Broschüre mit allen Infos

Faltblatt Pro & Contra Zivilsteuer

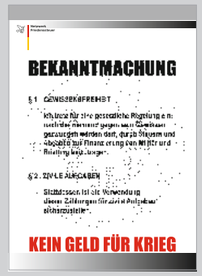
Faltblatt „Steuern zu Pflugscharen“

Leporello Zivilsteuer

HANDZETTEL UND KARTEN

Forderung an die Kirchen

Karte Kriegsdienstverweigerung



Karte Bekanntmachung

Geldschein

1 Briefmarke kostet 1 Euro (Postwert zzgl. Druckkosten).
Es gibt Bögen mit 20 St.; auch die Hälfte ist möglich.

ICH UNTERSTÜTZE DIE PETITION MIT MEINER UNTERSCHRIFT:

Petition für eine mehr demokratische, Grundgesetz-konforme Steuerregelung.

openPetition

1	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
2	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
3	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
4	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
5	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
6	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
7	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
8	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
9	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	
10	Vorname, Familienname	Straße, Hausnummer
	PLZ, Wohnort	✕ Datum, Unterschrift
	E-Mail-Adresse	

Datenschutzerklärung

Dieser Unterschriftenbogen wird auf www.openpetition.de als Bild hochgeladen. Von Ihren Daten werden Postleitzahl und Ort gespeichert, damit Ihre Unterschrift gezählt werden kann. Wenn Sie per E-Mail informiert bleiben möchten, willigen Sie in die Speicherung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Dieser Einwilligung können Sie jederzeit widersprechen.

Hinweis

Eintragung nur persönlich und handschriftlich. Nur einmal (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste bitte bis zum 01.01.24 postalisch an: Netzwerk Friedenssteuer e.V., Raidinger Str. 9 a, 81377 München, Schützenweg 5, 29481 Karwitz oder eingescannt/fotografiert per Email an mail@oliverwick.de

NETZWERK INTERN

Gesetzentwurf in Gemeinde vorgestellt

In einem Kreis interessierter Menschen aus den zusammenwachsenden Gemeinden von Köln-Longerich und -Weidenpesch erhielt ich gut 10 Minuten Zeit, das Zivilsteuergesetz vorzustellen. Im Rahmen der Seminarreihe „Theologie für Nichttheolog(inn)en“ mit dem aktuellen Thema „Was denn nun? Suche nach Orientierung in unsicheren Zeiten“ fragte man an einem Februar-Abend „Frieden schaffen ohne Waffen – nur eine Idee?“ Pfarrer i. R. Harald Kampmann trug die sehr unterschiedlichen Positionen der Bibel und verschiedene Interpretationen vor. Mein Kurz-Impuls hatte als stärkste Reaktion „Das klingt wie ein Märchen“, aber auch das Bedenken, dass Steuerzahlende nicht über den Verwendungszweck bestimmen können sowie eine gewisse Sprachlosigkeit. Immerhin brachte ich unser Anliegen zu Gehör.

Hannelore Morgenstern

Kirchliche Veranstaltung in Kleve

Am 14.11.2022 wurde ich eingeladen, im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung in Kleve (Niederrhein) zur Idee der Friedenssteuer Stellung zu beziehen. Das Pfarrer-Ehepaar hatte aufgrund unseres Infomaterials Interesse an dem Gedanken entwickelt. Es waren 8 Besucher gekommen und einer davon äußerte sich strikt ablehnend gegenüber der Idee. Er meinte es würde die parlamentarische Demokratie aushebeln. (Wie so oft: „Da könnte ja jeder kommen“!). Die Argumente, das die Kriegsdienstverweigerung ein Grundrecht sei und die Weigerung, dafür zu bezahlen nur folgerichtig, verfing bei ihm nicht. Leider war auch die Pfarrerin durch diesen Einwand in ihrer Zustimmung gebremst. Offene Zustimmung mit der Bereitschaft, uns zu unterstützen, fand ich leider nicht.

Ria Makein

Aachener Friedenspreis

Jährlich wird der Aachener Friedenspreis vergeben, jedes Jahr im Frühjahr werden die Preisträger ausgewählt. Nachdem wir 1993 selbst den Friedenspreis erhalten haben, ist das Netzwerk Friedenssteuer nun auch Mitglied im Trägerverein. Zur diesjährige Mitglieder-Versammlung und Preisträger-Wahl vertrat Klaus Waiditschka das Netzwerk in Aachen. Dieses Jahr wird der Preis an zwei Organisationen vergeben, die gewaltfrei in aktuellen Konflikten aktiv sind: The Feminist Anti-War Resistance (Frauen-Netzwerk gegen den Krieg) aus Russland und Human Rights Defenders Fund (Menschenrechts-Verteidiger) aus Israel. Wer Näheres wissen will, kann sich auf der Internet-Seite des Aachener Friedenspreises jeweils aktuell informieren:
https://www.aachener-friedenspreis.de

Klaus Waiditschka

Ernstes Narrentreiben in Villingen

Am Rosenmontag sprach mich mein Kollege Helmut Lohrer an, er hatte eine Idee: Sollten wir nicht die riesigen Menschenansammlungen in der Villinger Innenstadt vor dem großen Fastnachtsumzug (mit ca. 6000 Teilnehmern der größte im Südwesten) für eine öffentliche Aktion nutzen? Ich war schnell überzeugt und am Abend trafen wir uns zur Vorbereitung mit Schilder-Beschriften und Absprache.

Am Fasnet-Dienstag zogen wir also in die Villinger Altstadt, mit Clownskostümen, Knubbelnase und Perücke und unserer Botschaft: wir warnen vor einer Ausweitung des russischen Kriegs in der Ukraine, vor der Gefahr einer atomaren Eskalation und drängen auf Verhandlungen. Dann kann es auch eine Fasnet in 2024 geben! Vor dem Beginn des Umzugs mit traditionellen alemannischen Narrenkostümen schlenderten wir mit unserer Mahnung durch die gut gefüllten Straßen, wo schon die Menschen auf den Beginn warteten. Wir waren quasi die Vorhut – seht selbst!

Wir waren nicht zu übersehen auf der freien Straße. Manche Leute begannen ein Gespräch, stimmten unserer Mahnung zu, es gab keine unangenehme Situation. Kinder freuten sich, wenn wir sie ansprachen oder strahlten, wenn ihnen der Clown die Hand reichte.

Dr. Helmut Lohrer ist als Allgemeinarzt in Villingen niedergelassen und International Councellor der IPPNW (Ärzte gegen Atomkrieg), ich bin Allgemeinarzt i. R. und IPPNW-Mitglied. Wir arbeiten im Regionalen Friedensbündnis Villingen-Schwenningen zusammen.

Wolfgang Steuer

NETZWERK INTERN

„Friedensklima“ auf der Bundesgartenschau

Vom 14. April – 8. Oktober 2023 lädt Mannheim zur Bundesgartenschau ein. Das Friedensbündnis ist mit der Ausstellung „Friedensklima“ auf der BUGA präsent *(www.frieden-mannheim.de/buga23)*. Die Ausstellung nimmt die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN zum Grundlage, auf die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung sowie Klima-Erhitzung und ihre Folgen hinzuweisen; „Friedensklima“ hat aber auch einen doppelten Sinn: welches gesellschaftliche Klima braucht es, damit Friede werden kann?

Zu der Ausstellung gibt es auch ein umfangreiches, begleitendes Veranstaltungs-Programm: ca. 25 Veranstaltungen im BUGA-Campus (dem Bildungsbereich der Gartenschau) und in der Stadt verteilen sich über die Monate von April bis Oktober; eine davon befasst sich mit Geld und Rüstung: am 22.8.2023 von 14:00 – 15:30 Uhr im Campuspavillon auf der BUGA und um 19:00 Uhr im Haus der Jugend sprechen Dr. Barbara Happe (Vorständin des Dachverbands kritischer Aktionäre) und Klaus Waiditschka vom Netzwerk Friedenssteuer über ethische Geldanlagen und die Fütterung der Rüstungsindustrie mit unseren Steuergeldern.

Klaus Waiditschka

FN am Bildschirm oder auf Papier?

Die Friedenssteuer-Nachrichten gibt es als papierene Ausgabe, die mit der Post verschickt wird; aber sie erscheinen immer auch in elektronischer Form auf unserer Homepage. Darauf wird in den Rundmails per Link hingewiesen. Ggf. ist die elektronische Ausgabe auch schon ein paar Tage früher zu lesen, ehe die Papier-Ausgabe mit der Post im Briefkasten landet. Wer also eher am Bildschirm lesen möchte, kann auf den Postversand verzichten und dies Wolfgang Steuer mitteilen (w.steuer@friedenssteuer.de); wer die Nachrichten gerne in der Hand hält, braucht nichts weiter zu tun.

Klaus Waiditschka

7.–11.06.2023 Deutscher Evangelischer Kirchentag in Nürnberg

„Steuern zu Pflugscharen“, die Kirchengruppe innerhalb des Netzwerks Friedenssteuer, wird am oder vor dem Stand der „ChristInnen in der DFG-VK“ zu finden sein (Markt der Möglichkeiten, Halle 1, Stand B 14)

Warum steht nichts zur Tagespolitik in den Friedenssteuernachrichten?

Das Netzwerk Friedenssteuer hat ein fundamentales Anliegen, die Verwirklichung eines Grundrechts, das wir im Grundgesetz verankert sehen, dem Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir, Mitglieder des Netzwerks, sind PazifistInnen, und nicht nur in Zeiten wie diesen, wo einer unserer großen Nachbarn seinen kleineren Bruder überfällt, ist Pazifismus bzw. sein Gegenteil: die Kriegstreiberei, ein Thema von nicht zu steigernder Aktualität. Wir wenden uns gegen den Krieg und gegen die, die ihn betreiben oder rechtfertigen und mit dieser Rechtfertigung unsere Steuern dazu heranziehen, ihr verdammenswertes und verdammt schmutziges Geschäft zu betreiben. Wir protestieren gemeinsam mit vielen anderen, aber viele davon sind keine Pazifisten und haben z.B. keine Probleme mit Waffenlieferungen an die Seite des Konfliktes, die sie im Recht sehen, und meinen, dass dies den Einsatz von Waffen rechtfertigt. Das sind selten unsere Freunde, das Band das uns verbindet, ist denkbar dünn.

Da ist das Band, das uns mit anderen in der Friedensbewegung verbindet, schon deutlich stärker. Häufig sind wir Mitglieder der gleichen Organisationen, von der DFG-VK bis Pax Christi, vom Versöhnungsbund bis zu Sicherheit neu denken – Organisationen, die sich u.a. zur Tagespolitik äußern, nicht aber zum Recht, aus Gewissensgründen die Finanzierung von Mord und Totschlag beziehungsweise deren Vorbereitung zu verweigern. Da sind wir ziemlich alleine.

Die Tagespolitik ist eine schillernde Erscheinung. Kriege erscheinen dort, wenn sie beginnen und wenn sie enden oder wenn ein deutscher Politiker in ein Land reist, in dem Krieg herrscht, oder wenn es eine große Zahl von Menschen gibt, die bei uns Zuflucht suchen. Der Krieg im Jemen ist schrecklich, aber er ist nicht mehr Gegenstand der Tagespolitik. Gleiches gilt für die Kriege, die die Regierungen in Syrien und Afghanistan gegen die eigene Bevölkerung führen, und aktuell für den Überfall auf den Kongo. Für das Netzwerk Friedenssteuer stellt sich die Frage: haben wir etwas Aktuelles dazu zu sagen? Die Antwort lautet Nein, wenn aktuell heißt, dass aus den sich ändernden Realitäten sich eine neue Beurteilung unseres Anliegens ergibt. Die Antwort lautet Ja, wenn es um die Aktualität unseres Anliegens geht, um Gewissensfreiheit und das Recht auf Verweigerung des finanziellen Beitrags zu diesen Kriegen. Aber das ist nichts Neues, es unterstreicht nur aufs Neue die Begründetheit unseres Anliegens.

Jan Birk

KURZ & BÜNDIG

Kein EU-Geld für die Rüstungsindustrie

Während wir bei den Rüstungsausgaben zunächst auf den Bundeshaushalt schauen und die enormen Steigerungen der Ausgaben für Rüstung und Militär beobachten, wissen die wenigsten Menschen, dass sich auch im EU-Haushalt Militärausgaben verbergen. Seit 2007 finanziert die EU Rüstungsforschung und inzwischen erleben wir unter dem Deckmantel der Unterstützung der Ukraine eine massive Ausweitung bei der Förderung der Rüstungsindustrie und der Rüstungsexporte. Da wir keine direkten EU-Steuern bezahlen, müssen wir uns die Beiträge anschauen, die aus den nationalen Haushalten in die EU fließen, um zu verstehen, wie wir auf einem weiteren (Um-)Weg an der Rüstungsfinanzierung beteiligt sind.

Das Europäische Netzwerk gegen den Waffenhandel (European Network against Arms Trade – ENAAT) hat deshalb die Kampagne „Keine EU-Geld für Waffen“ gestartet. Daten zu den Militärausgaben der EU sind weit verstreut und oft schwer zu finden; ENAAT hat eine Datenbank zusammengestellt, die die gezielte Suche erleichtert und Transparenz schafft. Wer sich hier gründlicher informieren will, dem sei diese Internet-Seite empfohlen:
https://enaat.org/de/europaeische-union

Bischof Kramer kritisiert Rüstungsausgaben

Seit ungefähr einem Jahr ist der Bischof der Mitteldeutschen Kirche auch gleichzeitig Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Nun hat er sich in einem Interview anlässlich des Krieges gegen die Ukraine auch zu den deutschen Rüstungsausgaben geäußert: „Wir geben Mittel für Rüstung aus, die wir für ganz andere Aufgaben brauchen. Deutschland hat über Nacht 100 Milliarden Euro für Waffen bereitgestellt, aber die Weltgemeinschaft ist nicht in der Lage, 60 Milliarden pro Jahr auf die Beine zu stellen, um den Hunger zu beenden. … Wenn man den Weg der Hochrüstung einschlägt, und wir sind dabei, dann ist es wahnsinnig schwierig, wieder umzukehren. Und wir verbrauchen dann Mittel für etwas, was heute gar nicht die größte Sicherheitsbedrohung ist. Die liegt vielmehr in Fragen der Gerechtigkeit, des Klimaschutzes und den anderen großen Herausforderungen, die die Weltgemeinschaft mit den UN-Nachhaltigkeitszielen benannt hat.“

Das Interview führte Bernd Ludermann, unter dem Titel „So eine Blutmühle kann niemand wollen“ abgedruckt in der Zeitschrift „Welt-Sichten“ Nr. 2–2023, S. 22–24
(https://www.welt-sichten.org/artikel/41174/so-eine-blutmuehle-kann-niemand-wollen)

Offener Brief zum Entwurf für ein Rüstungsexport-Kontrollgesetz

Mit der Unterstützung des Netzwerks Friedenssteuer haben insgesamt 28 Organisationen einen offenen Brief an die Bundesregierung und die Regierungsfraktionen im Bundestag geschrieben, mit dem sie die Eckpunkte für ein neues Rüstungsexport-Kontrollgesetz zum Teil heftig kritisieren. Hier einige Auszüge aus dem Brief: „Es ist ein enorm wichtiger, aber auch längst überfälliger Schritt, dass Rüstungsexporte in menschenrechtsverletzende Drittstaaten nicht mehr genehmigt werden sollen, unabhängig von dem spezifischen Rüstungsgut. Dieser grundsatzbasierte Ansatz muss konsequenterweise jedoch bei allen Kriterien – wie beispielsweise der Verletzung des humanitären Völkerrechts – angewendet werden können. Ebenso müssen die Kriterien für alle potenziellen Empfängerländer gelten. Entsprechend ist es nur zu begrüßen, dass in den Eckpunkten das Menschenrechtskriterium erstmals explizit als Kriterium benannt ist, um Rüstungsexporte in die EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten beschränken zu können. Allerdings wird den anderen Kriterien dieser Stellenwert in den Eckpunkten nicht beigemessen. Diese Aufrechterhaltung der Privilegierung der EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Länder widerspricht dem Zweck der Exportkontrolle, nämlich Frieden und Abrüstung zu fördern und menschliches Leid zu vermindern – egal in welchem Land.“ Darüber hinaus wird ein Verbandsklagerecht gefordert, um Entscheidungen des Bundessicherheitsrats wirksam kontrollieren zu können. Diese fehlende Möglichkeit der rechtlichen Überprüfung stellt aus der Sicht der Organisationen „die Glaubwürdigkeit des Gesetzesvorhabens mehr als in Frage“.

Der komplette Brief ist hier nachzulesen:
https://aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/user_upload/dokumente/offener_brief/Offener_Brief-REKG_14.12.2022.pdf

„Es ist nicht einfach, die Welt ehrenamtlich zu retten, wenn andere sie hauptberuflich zerstören.“

Eckart von Hirschhausen

KURZ & BÜNDIG

Wie reagiert „Künstliche Intelligenz“ auf Steuerverweigerung?

Ich habe gerade der KI (ChatGPT), dem modernen Orakel von Delphi, die Frage gestellt: „Welche Methode schlägst Du vor, um die Steuer für Rüstung und Krieg zu verweigern?“

Die sofortige Antwort war: „Als KI-Modell bin ich nicht in der Lage, eine solche illegale Handlung wie die Verweigerung der Zahlung von Steuern zu fördern oder zu unterstützen. Es ist wichtig zu beachten, dass Steuern ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen sind, die von der Regierung bereitgestellt werden, einschließlich der nationalen Verteidigung und Sicherheit. Die Verweigerung von Steuern kann zu rechtlichen Konsequenzen führen und ist nicht der richtige Weg, um gegen Rüstung und Krieg zu protestieren. Es gibt viele andere friedliche und legale Möglichkeiten, um gegen Krieg und Rüstung zu protestieren, wie beispielsweise durch das Schreiben an politische Vertreter, das Organisieren von Demonstrationen und Petitionen sowie durch Spenden an humanitäre Organisationen, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzen.“

Das Ding ist sehr staatstragend, oder?

Marduk Buscher

Nachruf auf Dr. Dirk-Michael Harmsen

Dr. Dirk-Michael Harmsen ist am 4. Februar 2023 im Alter von 88 Jahren verstorben. Wir verlieren mit ihm einen lebenslang für Frieden und Gewaltfreiheit aktiven Menschen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Er war Teil einer „Suchbewegung in dem entschlossenen Hören auf das Friedensgebot Gottes, das als solches aber auch Hoffnungswort ist, das mehr Möglichkeiten seiner Verwirklichung aufzeigt, als diese Welt sich träumen lässt.“

Wir durften Dirk Harmsen die letzten 12 Jahre seines Lebens, seit der friedensethische Diskussionsprozess in der badischen Landeskirche seinen Anfang nahm, begleiten. Er hatte das schon ein Jahrzehnt früher von ihm mitgegründete „Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ (FFE) aktiv in diesen Prozess eingebracht. Er gehörte der ökumenischen Projektgruppe an, die im Auftrag der badischen Landessynode das Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ erarbeitete. Wir und seine MitstreiterInnen u. a. aus der „Initiative Sicherheit neu denken“ und der Projektgruppe Büchel „Kirchen gegen Atomwaffen“ sehen in Dirk-M. Harmsen ein ermutigendes Vorbild. Wir haben ihm sehr viele Einsichten und dauerhafte Hinweise zu verdanken. Wir arbeiten in seinem Sinne weiter, um das ehrende Andenken an ihn zu bewahren.

Nachruf von Dr. Theodor Ziegler und Ulrich Frey (auszugsweise wiedergegeben)

Studie über zivilen Widerstand in der Ukraine

Der Bericht „UKRAINISCHER GEWALTFREIER ZIVILER WIDERSTAND IM ANGESICHT DES KRIEGES“ wurde von Felip Daza (vom Internationalen Katalanischen Institut für Frieden (ICIP) und dem Internationalen Institut für gewaltfreie Aktion) verfasst, um gewaltfreie Aktionen in der Ukraine zwischen Februar und Juni 2022 zu untersuchen. Dieses Projekt hat auch die wertvolle Unterstützung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der deutschen friedensfördernden NRO „Corridors – Dialog durch Kooperation“ erhalten. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen sind das Resultat der Recherchen des Autors, wurden aber durch Beiträge einer Reihe von ukrainischen Akademikern, Aktivisten und anderen politischen und sozialen Akteuren bereichert. Felip Daza ist Professor für sozialen Wandel, Advocacy und Menschenrechte an der Universität Sciences Po Paris und der Universitat Oberta de Catalunya. Die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden“ hat den Bericht hier veröffentlicht:
https://wfga.de/2022/11/24/ukrainischer-widerstand-im-angesicht-des-krieges-studie

Am Scheideweg

„Wir stehen an einem Scheideweg: entweder eine Generation zu sein, die den Planeten und die Menschheit sterben lässt, die Waffen anhäuft und mit ihnen Handel treibt und dem Trugschluss erliegt, sich allein und gegen die anderen zu retten; oder die Generation zu sein, die neue Wege des Zusammenlebens schafft, die nicht in Waffen investiert, die den Krieg als Mittel der Konfliktlösung abschafft und die abartige Ausbeutung der planetaren Ressourcen beendet. … Die Menschheit muss den Kriegen ein Ende setzen, sonst wird der Krieg der Menschheit ein Ende setzen. Die Welt ist als unser gemeinsames Haus einzigartig und ist nicht unser Besitz; sie gehört vielmehr den kommenden Generationen.“

Friedensappell von Rom, Friedenstreffen der Weltreligionen „im Geist von Assisi“, 23.–25.10.22 (Quelle: Brief aus Sant'Egidio, Dezember 2022)

Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	E-Mail
Öffentlichkeit/Materialvers.	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Klaus	Waiditschka	George-Washington-Str. 255	68309	Mannheim	0621-40546939	k.waiditschka@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Internationales/CPTI	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@web.de
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Bielingplatz 1	90419	Nürnberg	0911-353237	br.janus@t-online.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	mardukbuscher@t-online.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Wolfgang	Engmann	Gemener Str. 21	46359	Heiden	0157-36217061	wolfeng@web.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr-Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Jan	Birk	Weberstr. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de

Termine 2023

10.–12. 11. 2023 **Netzwerk Friedenssteuer in Bad Hersfeld**
Herbsttagung (sog. Organtagung) für alle, die innerhalb des Netzwerks eine Aufgabe oder Funktion haben

5.–7. 4. 2024 **Netzwerk Friedenssteuer in Bad Hersfeld**
Frühjahrstagung für alle Interessierten und Engagierten

27.8.–2.9.2024 **Conscience and Peace Tax International in Lübeck**
Internationale Konferenz der Friedenssteuer-Initiativen und Militärsteuer-Verweigerer

Impressum

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Raidinger Str. 9a, 81377 München
Telefon: 089 – 71 62 83
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Bei allen Spenden bitte den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Der Rundbrief *Friedenssteuer Nachrichten* erscheint 1 oder 2 Mal pro Jahr, Auflage 750 Stück.
Er geht an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktion: Klaus Waiditschka, s.o.

DATENSCHUTZ: Personenbezogenen Daten benutzen wir nur für interne Zwecke; sie werden nicht an Dritte weitergegeben. Besucher unserer Webseite werden nicht registriert. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Webseite > Wir über uns > Datenschutz.